

Biowaffen-Telegramm Nr. 9

Sunshine-Project – 25. Oktober 2002

Waffeninspektionen im Irak ... Überprüfungskonferenz vor dem Aus ... Illegales Chemiewaffenprogramm in den USA... China schränkt Export von dual use-Gütern ein ... Transparentes Australien ... Rotes Kreuz gegen Biowaffen ... Proteste in den USA ... Gefährliches Schweine-Bakterium geklaut... Pockenimpfungen ... Washington lieferte Milzbrand in den Irak Neues in Sachen Milzbrand-Attentate ... Neues vom Project SHAD

-- Erstellt mit Mitteln der Berghof Stiftung für Konfliktforschung --

Termine

- Biowaffen sind ein Thema der Konferenz "Infectious Diseases: Challenges, Threat, and Responsibilities", die das Europäische Molekularbiologische Labor (EMBL) am 8. und 9. November in Heidelberg durchführen wird. Mehr unter www.embl.de
- Vom 11. – 21. November ist die Fortsetzung der 5. Überprüfungskonferenz der Biowaffen-Konvention in Genf geplant (siehe unten).
- Ein Internationales Symposium „Facing the Threat of Intentionally Spread Microorganisms“ wird am 29. und 30. November in Berlin stattfinden, organisiert u.a. von der medizinischen Fakultät der Freien Universität.

1. Waffeninspektionen im Irak

Wenn alles nach Plan läuft, werden in den nächsten Tagen oder Wochen zum ersten Mal seit 1998 wieder UN-Waffeninspektoren den Irak betreten. Hier einige Hintergründe zur künftigen Arbeit der UN Monitoring, Verification and Inspection Commission (UNMOVIC) und der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO). Wenn nicht anders angegeben, stammen die Angaben und Zitate aus der Washington Post vom 15. Oktober 2002.

Dauer: Die Inspektionen werden sich wahrscheinlich über einen längeren Zeitraum hinziehen. Hans Blix, Chefinspektor der UNMOVIC, rechnet mit 1-2 Jahren Inspektionen und geht von mehreren Wochen bis Monaten aus, bevor er überhaupt verlässliche Angaben über die Kooperationsbereitschaft des Iraks machen kann.

Zusammensetzung: Anders als die Vorläuferorganisation UNSCOM ist die UNMOVIC nicht darauf angewiesen, dass ihr die UN-Staaten Inspektoren zur Verfügung stellen. UNMOVIC hat einen eigenen Etat zur Finanzierung der Inspektionen. Interessenten müssen sich direkt bei der UNMOVIC bewerben. Die UNMOVIC bildet dann geeignete Bewerber in speziellen sechswöchigen Trainingskursen aus. Bislang wurden ca. 250 Inspektoren ausgebildet. Deren Namen werden von der UNMOVIC nicht veröffentlicht, ihre Nationalität wird auch dem Irak nicht mitgeteilt.

Aufgabe: Die IAEO befasst sich mit möglichen Atomwaffen-Programmen des Irak, die UNMOVIC mit chemischen und biologischen Waffenprogrammen sowie mit Raketen von über 150 km Reichweite. Die Kernaufgaben von UNMOVIC und IAEO sind Inspektionen und Monitoring. Die Inspektionen sollen aktuelle oder frühere Waffenprogramme aufspüren, während das Monitoring darauf abzielt, den Aufbau künftiger Programme durch eine Beobachtung von entsprechenden Einrichtungen zu erschweren bzw. zu verhindern.

Inspektionen: Dabei werden nicht nur verdächtige Anlagen in Augenschein genommen. Eine wichtige Informationsquelle sind auch Befragungen von Beschäftigten und Verantwortlichen in den Anlagen und im irakischen Militärapparat sowie die Auswertung von Dokumenten. Um eine Einflussnahme der irakischen Führung auf die Befragten zu verhindern bzw. zu verringern, werden zur Zeit geeignete Rahmenbedingungen mit dem Irak ausgehandelt – die USA fordern zum Beispiel, dass auch Befragungen außerhalb des Iraks möglich sein sollen, wobei dann nicht nur die Befragten, sondern auch deren Familien außer Landes gebracht werden sollen. Auch eine Luftüberwachung mit Hubschraubern und Flugzeugen ist geplant. Anfänglich ergaben sich Hinweise auf mögliche „interessante“ Orte unter anderem aus den früheren Erfahrungen der UNMOVIC, aus der Auswertung von irakischen Importen in den letzten Jahren, aus Satellitenaufnahmen (die z.B. die Wiederinbetriebnahme einer früheren Impfstoff-Fabrik zeigen) sowie aus Informationen nationaler Geheimdienste, die der UNMOVIC zur Verfügung gestellt werden. Mehr als 300 verdächtige Anlagen wurden so bereits identifiziert, denen zunächst das Interesse der UNMOVIC-Inspektoren gelten wird.

Monitoring: Auch die UNSCOM hatte bereits ein Monitoring-System installiert. Dazu gehörten unter anderem Videokameras in sensiblen Bereichen sowie die Kennzeichnung und/oder Verplombung von Gerätschaften, um die Nutzung von zivilen Anlagen für militärische Zwecke zu verhindern. Die Monitoring-Maßnahmen gelten für Einrichtungen mit einem dual-use Charakter, z.B. zivile Biotechnologie-Einrichtungen (Brauereien, Impfstoffproduktion), die für die Biowaffen-Produktion verwendet werden könnten, oder für Produktionsanlagen von Raketen mit einer (erlaubten) Reichweite unter 150 km, um dort die missbräuchliche Nutzung für Raketen mit höheren Reichweiten zu verhindern.

Spionage: Der Irak wirft einigen Inspektoren der früheren UNSCOM vor, für die USA bzw. für die Briten spioniert zu haben und bei den Inspektionen geeignete Angriffsziele für militärische Angriffe ausspioniert zu haben. Durch die direkte Auswahl der Inspektoren durch die UNMOVIC sollen mögliche Spionagetätigkeiten zumindest reduziert werden. Andererseits lässt sich wohl nicht ausschließen, dass der eine oder andere Geheimdienstler sich in den Reihen der UNMOVIC befinden wird.

Eine amerikanische Abrüstungsinitiative hat eine sehr gut kommentierte interaktive Landkarte über das frühere irakische Biowaffen-Programm ins Netz gestellt. Unter http://www.nti.org/e_research/e1_iraq_BWfacilities.html finden sich all die Anlagen und Orte, die ca. 1991 Teil des irakischen Offensivprogrammes waren. Ob an diesen Orten auch heute noch offensive Forschung stattfindet, ist nach Angaben der Autoren unklar.

Auf der Internetseite des Sunshine Project findet sich auch ein Kommentar zum Blair-Papier über angebliche Massenvernichtungswaffen im Irak.

2. Überprüfungskonferenz droht weiterhin das Aus

Bereits im letzten Biowaffen-Telegramm hatten wir berichtet, dass die US-Regierung massiven Druck auf die Verbündeten ausübt und jegliche Verhandlungen auf der für den 11.-21. November geplanten Überprüfungskonferenz zur Biowaffen-Konvention ablehnt. Auf der Internetseite des Sunshine-Project ist jetzt das Papier der US-Regierung verfügbar, das Anfang September an Diplomaten anderer westlicher Staaten verteilt wurde. Dort heißt es unter anderem wörtlich:

"(...) Unsere Herangehensweise an die Überprüfungskonferenz hat sich entwickelt. In zentralen Punkten sind wir zu folgenden Schlüssen gelangt:

- *Nachfolge-Treffen (jährlich, Experten, etc.): Die USA unterstützen keine Nachfolge-Treffen zwischen den Überprüfungskonferenzen 2002 und 2006.*
- *Verstöße [gegen die Konvention]: Wenn die Überprüfungskonferenz sehr kurz wird, werden die USA keine "Namen nennen". Wir werden es aber tun, wenn die Überprüfungskonferenz länger dauert.*
- *(...)*

- *Dauer der Überprüfungskonferenz (RevCon): Die USA bevorzugen eine sehr kurze RevCon, wenn überhaupt eine.*
- *Die US-Definition einer "sehr kurzen RevCon" ist eine, die ausschließlich das Ziel und Ergebnis hat zu beschließen, eine RevCon in 2006 abzuhalten"*

Seitdem das Papier veröffentlicht wurde, gibt es keine Anzeichen dafür, dass die anderen westlichen Länder eine Idee haben, wie doch noch eine substantielle Diskussion auf der Überprüfungskonferenz und vor allem greifbare Ergebnisse erreicht werden können. Bisher scheint eher Ratlosigkeit und gespanntes Abwarten vorzuherrschen, zumal die internationale Diplomatie momentan vollkommen von der Irak-Krise beherrscht wird. Nachdem die Bush-Administration in Sachen Irak doch einige Federn lassen musste, gibt es aus unserer Sicht nun zwei Möglichkeiten: Entweder wird sie auf anderen Politikfeldern – wie der Biowaffen-Konvention – nun erst recht ihren unilateralen Kurs weiterführen, da jeder Richtungswechsel als weitere Schwäche oder Niederlage gewertet werden könnte. Oder der mächtige Gegenwind in Sachen Irak könnte tatsächlich zu einem generelleren Richtungswechsel in der Bush-Administration führen. Dafür gibt es bislang jedoch keinerlei Anzeichen.

3. Chemiewaffenprogramm in den USA – UN-Inspektionen gefordert

Am 23. September 2002 veröffentlichte das Sunshine Project umfangreiche Belege dafür, dass die US-Militärs ein verbotenes Forschungs- und Entwicklungsprogramm für so genannte „nicht-tödliche“ chemische Waffen unterhalten. Die Enthüllungen beruhen auf 18monatigen Recherchen und belegen im Kern zwei Sachverhalte: Zum einen forschen die US-Militärs an geeigneten Chemikalien, um Gegner außer Gefecht zu setzen, zum zweiten entwickeln sie Gasgranaten mit großen Reichweiten von über 2,5 km. Einige Tage später veröffentlichten wir auch einen Hinweis darauf, dass bereits Versuche an Menschen geplant sind bzw. bereits durchgeführt wurden. Die Presseerklärungen, das umfangreiche Material sowie ein einführender Übersichtsartikel zum Thema ist auf unseren Internetseiten erhältlich.

Die Enthüllungen haben in der internationalen Presse von Kuala Lumpur bis Moskau beachtliches Interesse gefunden. Am 9. Oktober hat das Sunshine Project die umfangreiche Dokumentation über das US-Chemiewaffenprogramm den Delegierten der 7. Vertragsstaatenkonferenz der Chemiewaffen-Konvention in Den Haag vorgestellt. Über 40 Delegierte aus über 20 Staaten waren anwesend und zeigten großes Interesse an den Recherche-Ergebnissen des Sunshine Project. Angesichts der Irak-Krise ist es derzeit zwar nicht realistisch, dass ein anderer Staat offen die Entsendung von Inspektoren in die USA einfordern wird, doch deutete sich an, dass die US-Diplomaten sich hinter den Kulissen einiges an Kritik anhören mussten und müssen. In den USA hat ein Unterausschuss des Repräsentantenhauses bereits Vertreter der US-Marines zu informellen Hintergrundgesprächen über das Chemieprogramm vorgeladen.

4. China will Export von dual-use Gütern einschränken

China wird den Export von militärischen Gütern sowie von chemischen und biologischen Materialien und Technologie mit dual-use Charakter zukünftig stärker kontrollieren und reglementieren. Das ließ die chinesische Führung am 17. Oktober verlauten, eine Woche vor einem geplanten Treffen zwischen Jiang Zemin und Bush. Entsprechende Maßnahmen sollen noch in diesem Jahr greifen. (South China Morning Post, 18. Oktober 2002; New York Times, 21. Oktober 2002)

5. Australien mit vorbildlicher Transparenz

Australien hat erste Schritte zu einer besseren Transparenz in Sachen Biowaffen-Forschung unternommen. Auf einer neuen Internetseite der australischen Regierung über biologische Waffen findet sich auch die aktuelle Erklärung Australiens im Rahmen der „vertrauensbildenden Maßnahmen“ der Biowaffen-Konvention. Darin sollen die Vertragsstaaten jährlich Angaben über die eigene

Biowaffen-Abwehrforschung, über Hochsicherheitslaboratorien und ähnliches machen. Bislang haben nur wenige Länder diese (rechtlich nicht verbindlichen) Erklärungen regelmäßig abgegeben. Veröffentlicht werden sie in der Regel nicht – Australien ist mit der jetzigen Internet-Veröffentlichung vorbildlich in Sachen Transparenz. Die deutsche Bundesregierung hat dem Sunshine Project in der Vergangenheit zwar Einblick in die deutschen „vertrauensbildenden“ Erklärungen gewährt, eine echte Veröffentlichung all dieser Dokumente steht jedoch noch aus. Sicherheitspolitisch ist das sicherlich vollkommen unproblematisch, da diese Erklärung sowieso 144 anderen Vertragsstaaten zur Verfügung gestellt werden. (Die australische Erklärung ist als pdf-Datei erhältlich unter: http://www.dfat.gov.au/security/statements/bwc_cbm_return_2002.pdf)

6. Internationales Rotes Kreuz ruft zur weltweiten Ächtung von Biowaffen auf

In einem am 25. 9 veröffentlichten Aufruf zu „Biotechnologie, Waffen und Humanität“ fordert das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (ICRC) ein klares Bekenntnis zur weltweiten moralischen Ächtung von Biowaffen sowie bessere Kontrollen von potentiell gefährlichen Entwicklungen in der Biotechnologie. Das ICRC befürchtet, dass gerade die rasanten Entwicklungen im Biotechnologie-Sektor viele Möglichkeiten des Missbrauchs für feindliche Zwecke eröffnen. Angesichts der Stagnation in den Verhandlungen zur Biowaffenkonvention, hofft das ICRC, dass sein Aufruf die Staaten ermutigt, die bestehenden Verbote biologischer Kriegsführung zu bestätigen, vollständig zu implementieren und zu stärken.

Vollständiger Text des ICRC-Aufrufs:

<http://www.icrc.org/Web/eng/siteeng0.nsf/html/bwh?OpenDocument&style=SECTION>

7. Widerstand gegen Ausbau der Biowaffen-Abwehrforschung in den USA

6 Milliarden Dollar wurden Anfang des Jahres vom US-Kongress für die Abwehr gegen mögliche biologische Angriffe freigegeben. Ein Teil davon soll auch in den Ausbau von Hochsicherheits-Laboratorien und der Biowaffen-Abwehrforschung fließen. Dagegen regt sich zunehmend Widerstand in den USA. Unter der Regie des National Institute of Allergy and Infectious Diseases ist die Einrichtung von 10 „centers of excellence“ für Biowaffen-Forschung geplant. Momentan ist unter US-Universitäten und Einrichtungen ein Bewerbungsverrennen um diese großen Fleischtöpfe entbrannt.

Unter der Überschrift „New Labs, more terror“ hat eine Mitarbeiterin der National Academy of Sciences in den USA darauf hingewiesen, dass ein derart massiver Ausbau der Abwehrforschung zu einer Zunahme an offensivem Biowaffen-Wissen führen wird und dass die Milzbrandbriefe im vergangenen Jahr gezeigt hätten, dass dieses Wissen jederzeit missbraucht werden könne (Eileen Choffnes im Bulletin of the Atomic Scientist Sept./Oct. 2002). Eine Koalition aus acht Bürgerinitiativen in den USA hat einen Stopp des Ausbaus der Hochsicherheitslaboratorien gefordert, da die Zahl der geplanten Laboratorien weit über das notwendige und sinnvolle Maß hinausgehe und in dem jetzt begonnenen „laboratory rat race“ Sicherheitserwägungen auf der Strecke bleiben könnten. Die Presseerklärung der acht Organisationen – darunter auch das Sunshine Project USA – vom 14. Oktober findet sich auch auf unserer homepage.

8. US-Forscher gegen Einschränkung der wissenschaftlichen Freiheit

Zur Abwehr von möglichen Biowaffen-Angriffen in den USA soll die Forschung zwar einerseits erheblich ausgedehnt werden (s.o.), andererseits sollen Forschungen, die als „sensibel, aber nicht geheim“ eingestuft werden, stärkeren Kontrollen und Reglementierungen unterliegen. Die American Society of Microbiologists (ASM) befürchtet eine stärkere staatliche Einflussnahme auf die Art der Forschungen sowie eine Einschränkung der Forschung durch strengere Sicherheitsvorschriften und einen erschwerten Zugriff auf Mikroorganismen. Als besonders heikel wird die geplante Einschränkung der Publikation wissenschaftlicher Studien, die Bioterroristen wertvolle Informationen liefern könnten, eingeschätzt. Dies mache eine kritische Überprüfbarkeit der entsprechenden

Forschungen unmöglich und widerspreche damit einem grundlegenden Prinzip wissenschaftlicher Arbeit. (ASM News, 10/02)

Auch die Präsidenten der Nationalen Akademien der Wissenschaften (NAS) warnen nun vor einer Einschränkung der Publikationspflicht bzw. -freiheit. Dies führe zu einem Verlust der Qualität von Forschungen, was sich letztendlich negativ auf die nationale Sicherheit auswirken würde. (New York Times, 19. 10. 2002)

9. Genmanipuliertes, für Schweine tödliches Bakterium gestohlen

Bei dem Versuch, mittels Gentechnik eine ungefährliche Variante des *Actinobacillus pleuropneumoniae* (APP) zu Impfzwecken hervorzubringen, erzeugten Forscher der Michigan State University aus Versehen eine gefährlichere Variante. Von diesem genmanipulierten Bakterium sind im September zwei Proben zusammen mit Forschungsunterlagen aus dem Forschungslabor gestohlen worden. Das Bakterium soll zwar für Menschen ungefährlich sein, könnte aber die Schweineindustrie ruinieren. Der Fall wird als potentielle terroristische Bedrohung eingestuft und untersucht. Die durch die Bakterien verursachte Krankheit ließe sich zwar mit Antibiotika behandeln, die durch die Genmanipulation veränderten Symptome (Enzephalitis statt Lungenentzündung) könnten aber dazu führen, dass sie nicht rechtzeitig als solche erkannt wird. Die Schweine können bei einer Erkrankung innerhalb von 6 – 24 Stunden sterben. Eine verdächtige Person wurde bisher festgenommen. Sie arbeitete in dem Gebäude, hatte aber keine Zugangsberechtigung für das Sicherheitslabor, in dem das Bakterium gelagert wird. (Wall Street Journal, 19. 9. und 23. 9. 2002)

10. Pockenimpfung

Das die US-Regierung zur Frage von Pockenimpfungen beratende wissenschaftliche Komitee (Advisory Committee on Immunization Practices, ACIP) empfiehlt zum Schutz vor Bioterror-Angriffen die vorsorgliche Impfung von 510 000 Angestellten im öffentlichen Gesundheitsdienst. Mit diesem Vorschlag weicht das Komitee erheblich von seiner im vergangenen Juni gegebenen Empfehlung ab, nach der nur einige hundert Personen pro Bundesstaat die Impfung erhalten sollten. Gleichzeitig nähert es sich den Vorstellungen der Bush-Administration an, nach denen Hunderttausende Angestellte im Gesundheitsdienst sowie 10 Millionen Polizisten, Feuerwehrmänner und Sanitäter geimpft werden sollen und sogar erwogen wird, die Impfung allen, die sie haben wollen, zu verabreichen. Die Bush-Regierung befürchtet vor allem, dass der Irak im Besitz von Pockenviren sein könnte und diese bei einem Angriff durch die USA gegen US-Truppen oder sogar auf US-amerikanischem Boden als Biowaffe einsetzen könnte.

ACIP-Mitglieder erklärten, dass die veränderte Empfehlung nicht auf Druck der Regierung entstanden sei, sondern aufgrund der Einsicht, dass es keinen Sinn mache, wenn sich einige wenige Kliniken auf die Behandlung von Pockenkranken spezialisieren würden, es außerdem kaum Kliniken gäbe, die dies wollten. Vielmehr solle sich jede Klinik, die über einen geeigneten Isolationsraum verfüge, auf die Behandlung von Pockenkranken vorbereiten und ein „Pockenteam“ bereithalten. Von den rund 5100 Kliniken bundesweit sind dies etwa die Hälfte.

Im Unterschied zu den USA erwägt Großbritannien Massenimpfungen gegen Pocken erst nach einem erfolgten Terroranschlag. Dann sollen zunächst so genannte Ringimpfungen rund um den Infektionsherd vorgenommen werden. (Washington Post, 17. 10. 2002, New York Times 13. 10. 2002, Wall Street Journal, 21. 10. 2002)

Auch die Bundesregierung will die Vorräte an Pockenschutz-Impfmitteln in Deutschland beträchtlich aufstocken. Nach einem Bericht der Welt am Sonntag vom 20. Oktober hat Deutschland weitere 11 Millionen Dosen Pockenimpfstoff im Wert von 26,8 Millionen Euro bei der Firma Bavarian Nordic bestellt, die Anfang nächsten Jahres geliefert werden sollen. Vorsorgliche Impfungen sind in Deutschland aber nicht geplant. Ein Notfallplan sieht die Impfung von medizinischem Personal und Katastrophenhelfern erst vor, wenn es im Ausland Pockenfälle gibt. (Berliner Zeitung, 14. 10. 2002).

Aus unserer Sicht sind großflächige prophylaktische Impfungen wie in den USA geplant nicht sinnvoll. Zum einen ist die Wahrscheinlichkeit einer Pockenepidemie – ob nun durch einen bioterroristischen Angriff oder einen Laborunfall ausgelöst – extrem gering. Zum zweiten wirkt die Pockenimpfung auch noch einige Tage NACH einer Infektion. Und drittens ist bekannt, dass die Pockenimpfung häufige und schwere Nebenwirkungen verursachen kann. Es handelt sich um einen Lebendimpfstoff, wobei der darin enthaltene Virus Vaccinia, anders als bei den meisten anderen Lebendimpfstoffen in seiner Virulenz nicht geschwächt wird. Experten gehen davon aus, dass bei 15 von einer Million Geimpften lebensbedrohliche Nebenwirkungen auftreten, und dass ein bis zwei von diesen 15 sterben. Frisch Geimpfte können darüber hinaus nicht-geimpfte Personen anstecken. Für Menschen mit Immunschwächen, wie AIDS-Infizierte, Chemotherapiepatienten, Organtransplantierte, aber auch Schwangere, Babys und Leute mit bestimmten Hauterkrankungen kann eine solche Ansteckung tödlich sein.

Zusammengenommen scheint es deshalb am sinnvollsten zu sein, sich zwar auf einen möglichen Pockenausbruch vorzubereiten und größere Mengen Pockenimpfstoff einzulagern, diese aber erst im tatsächlichen Ernstfall dann auch einzusetzen. Die Einlagerung von Pockenimpfstoff ist auf jeden Fall sinnvoll, da es gegen die Pocken kein anderes Gegenmittel gibt und die hochansteckende Krankheit sich andernfalls in Windeseile in der gesamten Bevölkerung ausbreiten könnte.

In dieser Hinsicht sind die Pocken ein echter Sonderfall, für die meisten anderen potentiellen B-Kampfstoffe wie Milzbrand, Hasenpest oder Pest sind Impfungen aus unserer Sicht ein denkbar schlechter Schutz. Sie wirken nur prophylaktisch, die Impfungen geben also nur dann Schutz, wenn wirklich die gesamte Bevölkerung durchgeimpft ist. Da Massenimpfkationen auch einem potenziellen Angreifer bekannt wären, könnte dieser einfach einen anderen Erreger benutzen – die Natur stellt einfach zu viele Waffen bereit, als dass wir uns gegen alle impfen lassen könnten.

Als aktuellste und unabhängigste US-Quelle zu Fragen der Pocken-Impfung empfehlen wir:

<http://www.cdc.gov/od/oc/media/transcripts/t021017.htm>

11. USA versorgte Biowaffenprogramm des Irak mit allen notwendigen Erregern

Das frühere Biowaffenprogramm des Iraks wurde mit maßgeblicher Unterstützung durch die USA entwickelt. Dies geht aus US-Regierungsdokumenten hervor. In den 80iger Jahren, als der Irak noch als Verbündeter galt und in seinem Krieg gegen den Iran unterstützt wurde, bekam er mit Genehmigung durch die damalige Reagan- und die erste Bush-Regierung anscheinend alle Biowaffen-relevanten Erreger, die er unter dem Deckmantel medizinischer Forschung anforderte. Darunter so gefährliche Erreger wie Anthrax, das Bakterium, das Botulinum-Toxin produziert und den West Nil Virus. (New York Times, 30. 9. 2002; Buffalo News (NY), 23. 9. 2002,)

Mehr dazu auf der homepage der FAS (Federation of American Scientists):

http://www.fas.org/irp/congress/2002_cr/s092002.html

12. Project SHAD (US-Versuche mit B- und C-Waffen in den 1960er und 70er Jahren)

Das US-Verteidigungsministerium hat am 9. Oktober weitere Details über das Project SHAD (Shipboard and Hazard Defense) veröffentlicht (s. dazu auch Biowaffen-Telegramm Nr. 8). Mehr als 5.000 ehemalige US-Soldaten wurden bislang identifiziert, die im Zuge der Versuche möglicherweise mit chemischen oder biologischen Kampfstoffen in Kontakt gekommen sind. Im Rahmen einer Kongressanhörung wurden Details zu 37 Versuchen in den Jahren 1962 bis 1973 veröffentlicht, bei denen biologische und chemische Waffen oder deren Simulantien verwendet wurden. Die Gesundheitsbehörden kontaktieren derzeit die 5.000 potentiell betroffenen früheren Soldaten, um die Langzeitfolgen der Versuche zu untersuchen. 50 Veteranen haben bereits Schadensersatzansprüche angemeldet (New York Times 9.10., Reuters, 10.10.2002; der Wortlaut des Pressegesprächs am 9. 10. findet sich unter http://www.defenselink.mil/news/Oct2002/t10092002_t1009ha.html. Beschreibungen einiger Tests sind im Internet verfügbar unter

http://deploymentlink.osd.mil/current_issues/shad/shad_chart/shad_chart_2_2.shtml. Diese Seite wurde jedoch zuletzt am 11. September erneuert, die jüngst veröffentlichten Versuche sind dort leider noch nicht verfügbar).

13. Milzbrandbriefe

- Steven Hatfill, der vom FBI im Rahmen der Ermittlungen zu den Milzbrandbriefen öffentlich als „Person von Interesse“ bezeichnet wurde, will nun verschiedene, noch nicht benannte Personen und Institutionen wegen Verleumdung verklagen.
http://story.news.yahoo.com/news?tmpl=story&u=/nm/20021006/ts_nm/crime_anthrax_dc_1
- Das FBI hat mittlerweile auch Untersuchungsbeamte nach Zimbabwe geschickt, um dort Hintergründe über Steven Hatfill zu recherchieren. Laut ABC News vom 22. Oktober berichtet das FBI mittlerweile von grundsätzlichen Fortschritten in den Ermittlungen – was immer das auch heißen mag. (<http://abcnews.go.com/sections/wnt/DailyNews/anthrax021022.html>)
- Bei einer erneuten Untersuchung des American Media Inc. Gebäudes, fand das FBI Milzbrandsporen in allen der über zwei Dutzend Fotokopierern des Gebäudes. Die Ermittler vermuten, dass die Sporen sich beim Öffnen des dort angekommenen Milzbrand-Briefes auf das im selben Raum lagernde Fotokopierpapier verteilten und anschließend durch die Ventilatoren in den Kopierern in die Luft versprüht wurden. Diese Theorie würde erklären, warum sich die Sporen im gesamten Gebäude verteilten. (Associated Press, 15. 9. 2002)
- Die Witwe von Robert Stevens, Fotoredakteur bei American Media und das erste Todesopfer der Milzbrandbriefe, will das USAMRIID (U.S. Army Medical Research Institute for Infectious Diseases) verklagen. Die ungenügenden Sicherheitsvorkehrungen in den Labors des USAMRIID hätten es dem Attentäter erst ermöglicht, an die Milzbrandsporen zu gelangen. <http://www.sun-sentinel.com/news/local/palmbeach/hc-anthrax1009.artoct09.0.7158595.story?coll=sfla%2Dnews%2Dpalm>
- Viele der insgesamt 17 Überlebenden Milzbrand-Opfer in den USA leiden länger als erwartet an Symptomen wie Müdigkeit, Kurzatmigkeit, Brustschmerzen oder Gedächtnisverlust. Erst jetzt wurde vom National Institute of Health ein Plan für eine entsprechende Untersuchung der Überlebenden entwickelt. (New York Times, 16. 9. 2002)

14. Diverses

- Seiichi Endo, ehemaliger Führer der für das Nervengas-Attentat 1995 auf die U-Bahn Tokios verantwortlichen Sekte, ist von einem Tokioter Gericht zum Tode verurteilt worden. Damals kamen 12 Menschen ums Leben. Endo soll das Nervengift Sarin sowohl für das Attentat von 1995 als auch für ein Attentat in der japanischen Stadt Matsumoto 1994, bei dem sieben Menschen starben, hergestellt haben. (New York Times 11. 10. 2002)
- Sechs Monate Haft auf Bewährung: Dazu wurde eine 38jährige Frau aus der Nähe von Ulm wegen eines Backpulverbriefes verurteilt (Berliner Zeitung 24. Oktober 2002)
- Am 13. 9. enthüllte das Pentagon neue Details zur Ausstattung eines Labors, das im letzten Frühjahr von britischen Truppen in Afghanistan in der Nähe von Kandahar entdeckt wurde. Eine Zentrifuge und ein Trockenofen würden die bestehende Annahme unterstützen, dass Al Qaida beabsichtigte, dieses Labor zur Herstellung von biologischen und chemischen Waffen zu benutzen. Es sei allerdings unklar, ob Zentrifuge und Trockenofen jemals benutzt worden seien. Relevante biologische Agenzien seien in dem Labor, das sich bei seiner Entdeckung noch im Aufbau befand, nicht gefunden worden.

Kommentar: Eine Zentrifuge und ein Trockenofen gehören zur Basisausstattung von ungefähr jedem Labor, ein Schluss auf Biowaffen liegt nicht gerade nahe. (New York Times, 14. 9. 2002)

Sunshine Project Deutschland

Jan van Aken/Sabine Schupp

Groß Flottbeker Straße 44

22607 Hamburg

Tel: 040/431 88 001

Mobil: 0163/431 88 00

Fax: 040/67 50 39 88

Email: schupp@sunshine-project.de

www.sunshine-project.de